



Mitschrift der Beratung vom 20.08.2018
AG „Barrierefreie Stadt“

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen und Fragen der Mitglieder
5. Bestätigung der Mitschrift vom 14.05.2018
6. Sonstiges

Zu TOP 3

Frau Kindt informiert:

Hinsichtlich der taktilen Beschriftung der Gelände im Stadthaus gab es ein Gespräch mit Herrn Uhlig. Herr Uhlig vertritt die Ansicht, dass die taktile Beschriftung einem stark sehbehinderten bzw. blinden Bürger nicht hilft. Der gegenwärtige Service für die betroffenen Bürger muss beibehalten werden. Er wird dieses im Vorstand des BSV besprechen und sich dann noch einmal äußern.

Neben der Rathaustür wird ein Taster ermöglichen, dass der Rollstuhlfahrer die Tür selbstständig öffnen kann.

Der Knotenpunkt Thälmannring/ Makarenko wird mit dingerechten Absenkungen und Querungen sowie mit einem Blindenleitsystem zu den Bushaltestellen und dem Taxi-Stand ausgebaut. Eine Präsentation erfolgt am 22.08.2018 um 18:00 Uhr in der „Kiste“ während einer Beratung der OTV.

Frau Kindt bittet um rege Teilnahme.

Die Planung für die barrierefreie Toilettenanlage am Südbahnhof wird am 23.08.18 um 18:00 Uhr im „TAKT“ während der Sitzung des OTV vorgestellt. Neben einer Toilette für alle wird es eine Zelle mit einem Urinal geben.

Frau Kindt bittet um rege Teilnahme.

Eine Einladung zu einer Beratung des Innenstadtvereins liegt noch nicht vor.

Frau Kindt wird nochmals Kontakt aufnehmen.

Die von Mitgliedern der AG erfassten Geschäfte werden im September aufgesucht. Ziel ist es, eine vorhandene Stufe mittels mobiler Rampe zu überwinden.

Verantwortlich: Frau Kindt

Frau Kindt bittet um Vorschläge, wer am 3.12. anlässlich der Festveranstaltung zum Weltbehindertentag die Festrede halten darf.

Frau Baller schlägt Frau Claudia Lohse-Jarschow vor. Der Vorschlag wird einstimmig befürwortet. Frau Claudia Lohse-Jarschow nimmt an.

Zu TOP 4

Frau Pannwitz:

Die Gestaltung der Webseite für die AG ist fast fertig. Frau Pannwitz bittet um Bildmaterial. Frau Kindt wird dieses umgehend zuschicken.

In der kommenden Beratung wird die Seite den Mitgliedern vorgestellt.

Herr Gloger

Es ist immer wieder zu beobachten, dass die Granitplatten und das Blindenleitsystem auf dem Boulevard zugestellt werden, nicht nur von Aufstellern sondern auch durch mobile Stände, Tische und Stühle.

Der, auf Grund des Ausbaus des Ketscherinbaches, geschaffene Weg beim Treidelpfad ist sehr gut befahrbar.

Frau Kindt wird beauftragt nachzufragen, ob die Möglichkeit besteht immer diesen Ab- bzw. Aufgang zum Treidelpfad zu nutzen. Dadurch wird das Problem des durch Rollstuhlfahrer nicht nutzbaren Auf- und Abgang gelöst.

Ab 2020 wird, nach jetziger Planung, kein Zug von Greifswald nach Swinemünde durchfahren. Es muss dann immer in Züssow umgestiegen werden. Bereits jetzt ist der Bahnhof ein Umsteigepunkt. Am Bahnhof ist kein Personal, das bei Bedarf einem Rollstuhlfahrer oder einem außergewöhnlich gehbehinderten Fahrgast helfen kann. Die betroffenen Fahrgäste befürchten, dass sie die Anschlusszüge nicht schaffen bzw. auf Grund des hohen Fahrgastaufkommens nicht in den Zug kommen. Mögliche Adressaten: Landesregierung, Bürgerbeauftragter, Fahrgastbeirat, Schwerbehindertenbeauftragte der Bahn

Frau Kindt wird beauftragt, einen Briefentwurf vorzulegen, um dies zu verhindern.

Frau Baller

Das Interview mit Ministerin Hesse und die Beiträge dazu zeigen eindeutig, dass es im Gesundheitswesen Probleme gibt, die vor allem dadurch entstehen, dass die Einrichtungen wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden.

Artikel: siehe Anlage 1

Frau Schattschneider

Seit dem 20.08.2018 fahren Gelenkbusse in Greifswald.

Frau Kindt wird beauftragt, einen Termin zum Kennenlernen der Busse zu vereinbaren.

Frau Weiß

Der Weg zwischen der Eisdiele und der Klosterruine ist mit einem Rollstuhl sehr schwierig zu befahren.

Frau Kindt: Das Problem ist bekannt. Sie wird nachfragen wie weit der Bearbeitungsstand ist.

Frau Pannwitz

Die Empfehlungen für die Verwaltung 2019 und 2020 sind beschlossen. Trotzdem müssen alle Mitglieder in ihren Gremien dafür sorgen, dass die finanziellen Mittel in die Haushalte eingestellt werden.

Zu TOP 5

Die Mitschrift zur Beratung vom 11.06.2018 wird einstimmig angenommen.

F.d.R.

Monika Kindt

Die nächste Beratung findet am 10.09.2018 im „Haus der Begegnung“ statt.

Nach Rostocker Klinik-Äffäre: Hesse setzt Kommission ein Bildungsministerin fordert Umsteuern in der Gesundheitspolitik

Von Andreas Ebel

Rostock/Schwerin. Bildungsministerin Birgit Hesse greift durch: Die SPD-Politikerin setzt eine unabhängige Kommission ein, die Strukturen und Vorgänge in den ihr unterstellten Universitätskliniken Rostock und Greifswald juristisch und kaufmännisch unter die Lupe nehmen soll. „Wir können so nicht weitermachen“, meinte Hesse im Interview mit der OSTSEE-ZEITUNG. Als Chef der Kommission setzt das Ministerium den Rostocker Mediziner und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Harald Terpe (Grüne) ein. Mit allen Durchgriffsrechten und Vollmachten, wie die Ministerin betont. Terpe soll ein Expertenteam aus Juristen und Wirtschaftsfachleuten zur Verfügung stehen. Hesse: „Uns ist klar, dass diese Kommission an den Kliniken nicht nur Freunde finden wird.“ Hesse fordert ein Umsteuern in der Gesundheitspolitik. „Unser Gesundheitswesen ist auf Gewinnmaximierung ausgelegt. Das finde ich nicht richtig“, sagte die Politikerin. Ökonomisierung dürfe nicht vor dem Patientenwohl stehen. Die Zustände an den Universitäts- Kliniken in Mecklenburg-Vorpommern waren zuletzt stark kritisiert worden. Stundenlanges Warten in der Notaufnahme, fehlendes Personal, verschobene Operationen – all das sorgt für Frust bei Patienten, Ärzten und Pflegern. Im Fokus stand zuletzt die Unimedizin Rostock. Kritiker werfen Klinik-Chef Christian Schmidt vor, die Finanzen der Einrichtung, die inzwischen hohe Gewinne ausweist, zu Lasten der Patienten und Beschäftigten saniert zu haben (die OZ berichtete). Oberster Aufseher von Schmidt ist Sebastian Schröder (SPD), Staatssekretär im Bildungsministerium. Bisher hielten sich Schröder und seine Chefin auffällig zurück, obwohl ihr Haus in der Causa Schmidt in die Kritik geriet. Im OZ-Interview bricht Birgit Hesse jetzt ihr Schweigen. Hesse widerspricht Behauptungen, wonach sich Erfolg und Boni des Ärztlichen Direktors der Rostocker Unimedizin an der Höhe erwirtschafteter Gewinne orientieren: „Solche Vorgaben gibt es nicht. Wir erwarten wirtschaftliches Handeln, eine schwarze Null, keine hohen Gewinne.“ Bisher galt das Verhältnis zwischen Hesse und Schmidt als vertrauensvoll. Nun ist es erschüttert.

„Ich halte fachlich noch immer viel von Herrn Schmidt. Aber persönlich bin ich sehr enttäuscht“, sagt Birgit Hesse. Sie wirft Schmidt vor, für die heutige Situation verantwortlich zu sein. Ihren Staatssekretär und Aufsichtsratsvorsitzenden der Universitätsklinik Rostock, Sebastian Schröder (SPD), nimmt sie in Schutz. Er habe richtig gehandelt und sehr akribisch gearbeitet. Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU), in dessen Zuständigkeit die anderen Krankenhäuser im Land fallen, reagiert verhalten. Er erwartet „in naher Zukunft“ keine Wende in der Gesundheitspolitik. Dafür gebe es keine Mehrheit. Ärztekammerpräsident Andreas Crusius sagt, dass ökonomischer Druck die Ärzte stark belaste. Gesundheit sei keine „Marktware“.

Ministerin: Patienten sind wichtiger als Gewinne

Nach den Querelen am Rostocker Universitätsklinikum zeigt sich Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) im Gespräch mit der OSTSEE-ZEITUNG enttäuscht von Vorstandschef Christian Schmidt. Noch laufen die Untersuchungen. Eine „Kommission Uni-Medizin 2020“ soll Vorgänge und Strukturen aufarbeiten.
Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD)

Interview von Andreas Ebel und Volker Penne

Rostock/Schwerin. Der Wirbel um den Vorstandschef der Unimedizin Rostock, Prof. Dr. Christian Schmidt, dem in mehreren Fällen Untreue vorgeworfen worden war, hat nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern für Aufsehen gesorgt. Nach einer zeitweiligen Suspendierung des Klinik-Vorstandes ist der „Klinikmanager des Jahres 2017“ seit 23. Juli wieder als Ärztlicher Vorstand im Uni-Klinikum der Hansestadt tätig. Nachdem sie lange dazu geschwiegen hatte, bezieht Birgit Hesse in einem OZ-Interview nun erstmals Stellung

OZ: Was denken Sie heute über Christian Schmidt?

Birgit Hesse: Ich habe von Herrn Schmidt fachlich viel gehalten und daran hat sich nichts geändert. Sowohl in Rostock als auch in seiner Rolle als Unterstützer der Unimedizin Greifswald hat er gute Arbeit geleistet. Aber ich bin schon enttäuscht, dass er uns in die jetzige schwierige Situation gebracht hat.

Nicht nur mich und meine Mitarbeiter, sondern auch die Unimedizin Rostock. Er hat dem Ruf der Rostocker Einrichtung geschadet.

Machen Sie es sich nicht etwas zu leicht? Schließlich hat der Klinik-Chef nach Rahmenbedingungen gehandelt. Gehört dazu nicht auch, dass er Gewinne erwirtschaften soll?

Es geht nicht um die Gewinne, sondern um die Prüfung eines gewissen Fehlverhaltens in seiner Person. Und da sind sehr deutlich Rahmenbedingungen im Arbeitsvertrag benannt worden. Gibt es Ansatzpunkte, dass er diese nicht eingehalten hat, muss er sich den Vorwurf gefallen lassen.

Um welche Verfehlungen geht es?

Es geht vor allem um die Erwartungen, wie man als Vorstand agiert. Das sind keine arbeitsrechtlichen Hauptpflichten. Ein solches Verhalten hätte ich von einem Mann in dieser exponierten Stellung nicht erwartet. Er hat sich schlichtweg angreifbar gemacht.

Ist Christian Schmidt als Vorstand weiter haltbar?

Die Prüfung der Vorwürfe ergab, dass keine ausreichenden Gründe für eine Kündigung vorliegen. Juristisch ist er haltbar, persönlich bin ich enttäuscht. Das Vertrauen kann aber wieder wachsen, wenn er an seine guten Leistungen anknüpft.

Ist der Überschuss in der Bilanz der Unimedizin Rostock an gesonderte Boni für den Vorstand gekoppelt? Gibt es eine interne Regelung im Aufsichtsrat mit Blick auf derartige Sondervergütungen?

Nein, diese grundsätzliche Regelung gibt es nicht. Es existiert lediglich die Vorgabe des Gesetzgebers, dass man ein Krankenhaus wirtschaftlich führen muss. Und

natürlich wünschen wir uns eine sogenannte schwarze Null in der Bilanz. Denken Sie nur an die seit Jahren bestehenden Probleme der Unimedizin Greifswald mit Defiziten in Millionenhöhe. Dort müssen wir gegensteuern.

Noch einmal: Sonder-Boni des Vorstands hängen nicht von erwirtschafteten Gewinnen ab?

Es gibt keine grundsätzliche Regelung, dass Herr Schmidt einen bestimmten Überschuss erwirtschaften muss, um in den Genuss eines Sondergehaltes zu kommen. Das Land erwartet eine zumindest ausgeglichene wirtschaftliche Bilanz. Die Unimedizin muss die Krankenversorgung mit den Pauschalen der Krankenkassen und mit ihren eigenen Gewinnen finanzieren.

Hat Ihr Staatssekretär Sebastian Schröder als Chefaufseher der Unimedizin versagt?

Ende Mai hat der Aufsichtsratschef von möglichen Ungereimtheiten erfahren. Daraufhin ist die ganze Maschinerie angelaufen. Sebastian Schröder hat die Vorgänge akribisch bearbeitet. Zu überlegen ist, ob ein Staatssekretär in den Aufsichtsräten den Vorsitz haben sollte. Das kann man durchaus diskutieren. Nach dem Gesetz ist es derzeit aber so geregelt, dass der Vertreter des Bildungsministeriums der Vorsitzende sein muss.

Hätte das Land nicht vorher genauer hinschauen müssen, wie aus Verlusten plötzlich hohe Gewinne wurden?

Die Universitätsmedizin Rostock hat in den vergangenen Jahren immer Gewinne erzielt. Diese werden nicht an das Land abgeführt. Vielmehr werden die Überschüsse reinvestiert. Das ist einer der Grundsätze, den wir übrigens auch in der Kommission Universitätsmedizin 2020 genau fixieren werden. Es muss selbstverständlich so sein, dass die Gewinne insbesondere der Patientenversorgung zu Gute kommen. Da sind wir bei einem entscheidenden Punkt – der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Hier sollte man auf Bundesebene darüber nachdenken, gegenzusteuern. Denn das aktuelle Gesundheitswesen ist auf Gewinn-Maximierung ausgerichtet.

Wie müsste das System verändert werden? Sie sitzen ja schließlich als SPD mit in der Großen Koalition in Berlin!

Man muss darüber diskutieren, dass der gegenwärtige Ansatz – aus der medizinischen bzw. pflegerischen Leistung Maximalgewinn zu generieren – falsch ist. Es bringt viele Patienten auf die Palme, wenn sie, obwohl sie noch nicht gesund sind, aus der Klinik entlassen werden, weil es sich nicht mehr rechnet. Weil sie also dem jeweiligen Haus nicht mehr genug Profit bringen. Hier muss die Gesundheitsminister-Konferenz handeln.

Dies ist aber nicht nur ein Problem der Uniklinika?

Völlig richtig. Als Bildungsministerin kann ich für zwei von insgesamt 36 Krankenhäusern in MV sprechen. Und bei den privaten Anbietern spielt die Gewinn-Optimierung bekanntlich eine entscheidende Rolle.

Was wollen Sie konkret verändern?

Die Abkehr von der Gewinn-Maximierung wird ein wichtiges Thema unserer Kommission sein, die wir gründen. Ich möchte, dass die Ökonomisierung nicht vor dem Patientenwohl steht. Und auf die Uniklinika können wir Einfluss nehmen.

Ein vordringliches Problem ist die Situation in den Notaufnahmen sowohl in Rostock als auch in Greifswald. Bis zu sechs Stunden Wartezeit, Platznot, überarbeitete Ärzte und Schwestern – hier könnten Sie sofort handeln!

Die Kommission muss auch bestehende Strukturen untersuchen. Zumal Maximalversorger eine besondere Funktion in der Region haben. Die Unimedizin Greifswald hat sich schon auf den Weg gemacht und praktiziert, wie man mit den umliegenden Krankenhäusern und Praxen optimal zusammenarbeitet. Das interdisziplinäre Notfallzentrum soll dort Ende des Jahres 2018 fertig sein. In Rostock ist der Start der Zentralen Notaufnahme an der Unimedizin Ende 2019 geplant.

Was versprechen Sie sich noch von der Kommission Universitätsmedizin 2020?

Wir müssen und werden aus dem Fall Schmidt lernen. Die Kommission soll hochkarätig besetzt sein. An der Spitze wird der frühere Bundestagsabgeordnete Harald Terpe stehen. Er hat Fragestellungen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens und das Selbstverständnis von Ärzten und Schwestern in Krankenhäusern für die Grünen mehr als zwölf Jahre im Bundestag aktiv begleitet. Zudem kennt er die Unimedizin Rostock, ist ausgebildeter Pathologe und hat ethische Grundsätze.

Welche dieser Grundsätze sind für Sie besonders wichtig?

Das Patientenwohl steht an erster Stelle. Wir setzen auf Kooperation statt Konfrontation. Manchmal muss man persönliche Befindlichkeiten und Interessen hintanstellen. Rückbesinnung auf die Wurzeln – Stichwort hippokratischer Eid – heißt die Maxime. Ärzte sind Menschen, von denen menschliche Schicksale abhängen.

Stichwort ethische Grundsätze. Befürchten Sie nicht, dass die Schlammschlacht in der Rostocker Unimedizin anhält?

Diese Gefahr sehe ich selbstverständlich. Gerade deshalb setzen wir auch diese Kommission ein. Sie soll die Sachverhalte, die quasi noch durch den Raum wabern, aufarbeiten. Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Ärzte, Wirtschaftsprüfer, Juristen werden die Vorgänge checken und die Betroffenen ernst nehmen. Dabei gilt es, klar aufzuzeigen, welchen Dingen wir nachgehen müssen und welchen Gerüchten nicht. Spielchen wird es mit uns nicht geben.

Hat die Kommission ein Durchgriffsrecht? Darf sie Unterlagen einsehen und Verfehlungen, die in der Vergangenheit auftraten, ahnden?

Die Kommission soll möglichst weitreichende Rechte haben. Wir sind an einem neuen Punkt der Aufarbeitung. Die Kommission wird etwa zwei Jahre lang arbeiten. Sie macht im Übrigen nur Sinn, wenn sie unabhängig ist. Terpe wird vom Land bezahlt.

Welche Konsequenzen könnte die Kommissionsarbeit für beide Universitätskrankenhäuser haben?

Wir wollen als Lehre aus der Causa Schmidt die Compliance-Regelungen, also die Einhaltung von Recht und Gesetz, schärfen. Dazu gehört beispielsweise, ob es korrekt ist, dass Mediziner bezahlte Vorträge und Grußworte halten. Zweitens konkretisieren wir die Verwendung möglicher Gewinne. Eventuelle Überschüsse müssen für die Patientenversorgung wirksam werden. Zudem ist die Rolle der Universitätsklinik als Maximalversorger in den Regionen in Einheit mit exzellenter Forschung und Lehre klarer zu definieren

Der Kliniksanierer **Prof. Christian Schmidt** (51), seit 2014 Vorstandschef der Rostocker Universitätsmedizin, trimmte die Rostocker Unimedizin auf Gewinn (2017: knapp 7 Millionen Euro). Als Berater versucht „Deutschlands Klinik-Manager des Jahres 2017“ dies auch im Greifswalder Uniklinikum. Mit einem Grundgehalt von jährlich 400 000 Euro und Zehn-Jahres-Vertrag gilt der gebürtige Münsteraner als bestbezahlter Mitarbeiter im öffentlichen Dienst von MV. Ende Juni war Schmidt jedoch vom Aufsichtsrat freigestellt worden. Es gab Vorwürfe, nach denen der Manager versucht haben sollte, sich auf Kosten der Unimedizin zu bereichern. Schmidt wies die Anschuldigungen zurück. Drei Wochen später kehrte er als Ärztlicher Vorstand zurück. Prüfungen hatten ergeben, dass sein Handeln allenfalls moralisch verwerflich war, straf- oder arbeitsrechtliche Vergehen aber nicht nachweisbar waren.

Ee

Ökonomischer Druck erhöht für Patienten das Risiko Prof. Dr. Andreas Crusius, Präsident der Ärztekammer MV:

Gesundheit ist keine Marktware, der Staat hat die Pflicht zur Daseinsvorsorge. Es ist pervers, mit Beiträgen von Krankenversicherten Gewinne zu erzielen und Renditen zu generieren. Der ökonomische Druck belastet Ärzte in der Ausübung ihres Berufes. Sie werden genötigt, immer mehr zu machen in immer kürzerer Zeit. Das gilt nicht nur für Krankenhäuser. Auch bei Haus- und Fachärzten muss eine übernormale Zahl von Patienten durchgeschleust werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Studien belegen, dass Zeitdruck das Risiko für die Patienten erhöht. *Ee*

Landesregierung lässt prüfen, was sie wissen musste Simone Oldenburg, Fraktionschefin der Linken im Schweriner Landtag:

Die Landesregierung will prüfen lassen, was sie eigentlich wissen musste. Gesundheit ist keine Ware! Ein Krankenhaus hat sich nicht um Profit zu kümmern,

sondern darum, dass kranke Menschen wieder gesund werden. Bei den Universitätsklinik in Rostock und Greifswald fehlt Personal, die Beschäftigten sind überlastet. Qualifizierte Mitarbeiter gehen weg. Wenn die Landesregierung jetzt eine Expertenkommission mit der Situationsanalyse beauftragt, muss sie sich sagen lassen, dass sie ihre Verantwortung über Jahre nicht wahrgenommen hat.

Kritische Begleitung der Krankenhäuser ist hilfreich Wolfgang Gagzow, Krankenhausgesellschaft MV:

Eine konstruktive, kritische Begleitung von Krankenhäusern, noch dazu so großer wie der Unikomplexe, ist gut und hilfreich. Wenn die Kommission Schwachstellen aufdecken und zu deren Beseitigung beitragen kann, wäre das sehr zu begrüßen. Man sollte aber nicht übersehen, dass es die Bundespolitik war, die 1992 die Krankenhäuser in den Markt gedrängt hat – gegen unseren Widerstand. Der Bund verlangt, dass Kliniken wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden. Über Krankenhausstruktur und Vergütung der Gesundheitsleistungen wird auf Bundesebene bestimmt. *E. Ehlers*

Für Umsteuerung fehlen politische Mehrheiten Harry Glawe (CDU), Gesundheitsminister in MV:

Ob es sinnvoll ist, dass eine Ermittlungsgruppe die Unimedizin durchleuchtet, muss das Bildungsministerium entscheiden. Denn das hat die Aufsicht für alle Unikliniken in Rostock und Greifswald. Eine generelle Umsteuerung im Gesundheitssystem ist in naher Zukunft nicht zu erwarten, dafür sehe ich keine politischen Mehrheiten. Die Krankenhäuser erfüllen ihren Auftrag. Das ist die Versorgung der Bevölkerung und steht an erster Stelle. Dass dann auch die Fragen der Ökonomie kommen, davon sollte der Patient eigentlich nichts merken.

***Dr. Harald Terpe, Rostocker Arzt und Grünen-Politiker
„System muss kritisch hinterfragt werden“***

Unimedizin 2020-Kommission: Der Rostocker Mediziner Harald Terpe will untersuchen, was im Vordergrund steht – Patientenwohl oder Ökonomie

Rostock. Eigentlich wollte Harald Terpe demnächst den Arztkittel wieder anziehen. Der Rostocker Arzt und Grünenpolitiker, der zwölf Jahre im Bundestag Gesundheitspolitik mitgestaltete, wollte nach einem Jahr im „politischen Abklingbecken“, wie er die vergangenen zwölf Monate scherzhaft nennt, zurück zu seinen beruflichen Wurzeln. In die Pathologie der Rostocker Unimedizin, wo er bis 2005 Oberarzt war. Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) unterbreitete ihm jetzt ein Angebot, das ihn in die Unimedizin führt – doch nicht als Arzt. Der 64-Jährige soll eine Kommission leiten, die die Vorfälle um den Vorstandschef der Rostocker Unimedizin, Christian Schmidt, aufarbeitet. Dabei sollen Strukturen durchleuchtet, Missstände aufgedeckt, Reformvorschläge unterbreitet werden. Und das nicht nur in Rostock, sondern auch im Greifswalder Unimedizin-Bereich. Deshalb sollen „unbedingt ein unabhängiger Jurist und ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer dabei sein“, sagt der promovierte Mediziner. Der gebürtige Greifswalder betont aber: „Wir sind keine Ermittlungsbehörde.“ Ihm

gehe es vor allem um ethische Fragen – um Verantwortung und darum, welche ethischen Anforderungen an Menschen gestellt werden sollten, die vom Land in Führungspositionen berufen werden. Die Unimedizin 2020-Kommission werde kritisch hinterfragen, wie das Gesundheitssystem aufgestellt sein muss. „Brauchen wir nicht mehr Gemeinnützigkeit in der Medizin?“, fragt Terpe. „Steht wirklich der Patient im Mittelpunkt oder wirtschaftliche Erwägungen.“

So soll untersucht werden, ob der Kurs in den Unikliniken optimale Behandlung infrage stellt. Als Terpe noch als Arzt arbeitete, „schrieben wir keine schwarzen Zahlen“, sagt der Mediziner. Seitdem habe sich viel verändert. Vor allem habe sich die Arbeit „sehr verdichtet, für Ärzte wie für das Pflegepersonal“. Es gehe um die Frage, „wo ist die gesunde Mitte zwischen Ökonomie und Patientenwohl“. *Elke Ehlers*

OZ -21.08.2018

Hesse auf der Flucht nach vorn“

Klinik-Affäre: Linke fordert eine unabhängig aufgestellte Kommission / Auch Grüne und FDP üben Kritik

Rostock. Wie weiter mit den Universitätskliniken im Land? Nach den schweren Vorwürfen am Zustand der beiden Vorzeige-Häuser in Rostock und Greifswald mit Personalnot, verschobenen Operationen und langen Wartezeiten in Notaufnahmen will Wissenschaftsministerin Birgit Hesse (SPD) eine Kommission unter Führung des Grünen-Politikers Harald Terpe einsetzen. Die Linke sieht ein Glaubwürdigkeitsproblem und fordert: Die Kommission müsse transparent mit Experten aus verschiedenen Bereichen besetzt werden. Als „Flucht nach vorn“ bewertet Simone Oldenburg, Linken-Fraktionschefin im Landtag, Hesses Ankündigung im OZ-Interview. „Die Ministerin stellt sich eine Kommission zusammen, die ihr gewogen ist“, so Oldenburg. So gehe das aber nicht. „Wir erwarten, dass die Kommission ausgewogen besetzt wird.“ Sonst entstünde der Eindruck: Die Regierung kontrolliere sich selbst, kehre Probleme womöglich unter den Teppich.

Nach Bekanntwerden von unter anderem Untreue-Vorwürfen gegen den Chef der Rostocker Unimedizin, Christian Schmidt, wuchs die Kritik auch am drastischen Sparkurs: Beide Häuser seien zu sehr auf schwarze Zahlen orientiert – zulasten der Patienten. Hesse sprach sich gegen ein Gesundheitswesen auf Profitkurs aus und forderte einen Kurswechsel. Oldenburg hält die Ministerin hier für nicht glaubwürdig: Die Regierung, Hesse und die SPD, hätten „die Kliniken doch dorthin getrieben“. Die unabhängige Expertenkommission, die neue Wege aufzeigen soll, komme viel zu spät, so die Bündnisgrünen in MV. „Längst haben sich Strukturen verhärtet, bei denen das Wohl der Patienten, Pfleger und Ärzte auf der Strecke bleibt“, erklärt Landesvorsitzende Claudia Schulz. Es sei ein generelles Umsteuern im Gesundheitswesen nötig, damit das Gemeinwohl wieder im Mittelpunkt steht. Jedoch: „Wenn Gesundheitsminister Glawe sagt, er ‚sehe keine politischen Mehrheiten dafür‘, dann heißt das: Der Wille der Regierung zum Umsteuern fehlt, denn die Mehrheit hat die GroKo“, sagt sie. Die Koalition müsse alle Kliniken und das Gesundheitswesen patientenorientierter und mit besseren Arbeitsbedingungen aufstellen.

Für die FDP in MV stelle „Frau Hesse das mangelnde Verständnis der Landesregierung für wirtschaftliche Zusammenhänge erneut unter Beweis“, kritisiert Generalsekretär David Wulff. Mit ihrer Rhetorik der „Profitmaximierung“ unterstelle sie pauschal allen Ärzten und Pflegekräften, gegen das Wohl der Patienten zu arbeiten. Dabei lenke sie mit solchen Äußerungen nur davon ab, „dass die Politik im Wesentlichen bestimmt, wie sich Kliniken finanzieren und ab wann ein Patient nur noch Kosten verursacht, die niemand bezahlt“.